

ArcelorMittal: Wieder einmal laufen die Wettbewerbsregeln der EU den Interessen strategischer europäischer Industrie zuwider

(Datum: 17. April 2018)

Vergangenen Freitag kündigte ArcelorMittal an, fünf große Produktionsstätten und Produktionslinien in Europa veräußern zu wollen. ArcelorMittal reagierte damit auf die kartellrechtliche Prüfung der geplanten Übernahme von Ilva durch die Kommission. Das ist inakzeptabel! IndustriAll Europe prangert eine weitere fehlerhafte Entscheidung aufgrund veralteter EU-Wettbewerbsregeln an, die zu nichts anderem als dem Zusammenbruch integrierter Produktionsnetzwerke führen und somit die Nachhaltigkeit unserer europäischen Industriepolitik unmittelbar in Frage stellen wird.

Nachdem ArcelorMittal die im Juni 2017 mit der italienischen Regierung getroffene Vereinbarung über den Erwerb von Ilva bekannt gegeben hatte, leitete die Europäische Kommission ein Fusionskontrollverfahren ein. Zu Beginn der zweiten Prüfungsphase im November 2017 äußerte die Europäische Kommission Bedenken, dass die geplante Übernahme den Wettbewerb auf dem Flachstahlmarkt insbesondere in Südeuropa beeinträchtigen könnte ([siehe die Presseerklärung der EU-Kommission](#)). Um diesen Bedenken Rechnung zu tragen, [kündigte ArcelorMittal am vergangenen Freitag an](#), dass der Kommission der Vorschlag für ein „Desinvestitionspaket“ unterbreitet wurde, der darin besteht, nicht weniger als fünf europäische Produktionsstätten in Italien (ArcelorMittal Piombino), Rumänien (ArcelorMittal Galati), Mazedonien (ArcelorMittal Skopje), Tschechien (ArcelorMittal Ostrava) und Luxemburg (ArcelorMittal Dudelange) sowie Produktionslinien in Belgien (Liège) zu veräußern.

In für die europäische Stahlindustrie beispiellos turbulenten Zeiten, in denen sie mit einem harten und unregulierten globalen Wettbewerb angefangen von unlauteren Handelspraktiken Chinas und anderer Drittstaaten bis hin zu einem angekündigten erschwerten Handelsaustausch mit den USA konfrontiert ist, ist der geplante Abbau integrierter Produktionsnetzwerke unvorstellbar. Durch die Veräußerung strategischer europäischer Industriegüter an globale Konkurrenten steht die Unabhängigkeit der europäischen Stahlproduktion auf dem Spiel. Bedauerlicherweise ist dies nicht das erste Mal, dass industriAll Europe auf die negativen sozialen und industriellen Konsequenzen aufmerksam macht, die eine schlecht durchdachte Entscheidung im Rahmen der derzeitigen EU-Wettbewerbsregeln für ein europäisches Unternehmen hat. Um nur ein anderes Beispiel aus dem Stahlsektor zu nennen: Terni sah sich aufgrund einer damaligen Entscheidung der Europäischen Kartellbehörden mit einer massiven Verschlechterung seiner Geschäftsentwicklung konfrontiert.

„Es ist höchste Zeit, die anachronistischen Kartellregeln der EU zu überdenken, die für andere Marktbedingungen konzipiert wurden und nicht für globale Marktbedingungen geeignet sind. Es gelten keine gleichen Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen, wenn der Binnenwettbewerb durch veraltete Regeln verstärkt wird, während die Globalisierung vorerst weitgehend unreguliert bleibt“, erklärte Luc Triangle, Generalsekretär von industriAll Europe. „Präsident Juncker sagte, dass Europa seine strategischen Interessen verteidigen muss. Aber wie sollen wir das tun, wenn unsere eigenen Vorschriften nicht mehr zweckdienlich sind, weil sie unsere Industrien schwächen und ausländischen Investoren die Türen öffnen, um die strategisch wichtigsten Industriewerte Europas zu übernehmen? Die EU-Politik muss unsere Industrieschützen und stärken und nicht zerstören! Die Bereitschaft der Europäischen Kommission, sich ‚die Globalisierung zu Nutzen zu machen‘, auch durch Mechanismen für die Auswahl von Investitionen, ist ein erster Schritt in die

Pressemitteilung

richtige Richtung. Es wäre jedoch schlicht widersprüchlich, wenn die Wettbewerbsregeln der EU unverändert blieben“, ergänzte er.

Trotz der erheblichen Auswirkungen dieser Pläne auf die Arbeitnehmerinteressen war die Ankündigung eine böse Überraschung für die Beschäftigten von ArcelorMittal und die Gewerkschaften, die vom Dialog zwischen der Geschäftsleitung von ArcelorMittal und der Europäischen Kommission ausgeschlossen waren. IndustriAll Europe weist darauf hin, dass ArcelorMittal verpflichtet ist, vor jeder Maßnahme eine umfassende Unterrichtung und Anhörung seiner Mitarbeiter sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene zu gewährleisten.

„Die Stahlproduktion bleibt das Rückgrat unserer europäischen Wirtschaft. Sie bildet die Grundlage vieler industrieller Produktionsketten in High-Tech-Industriezweigen wie Automobil, Eisenbahnausrüstung, Elektronik oder erneuerbare Energien. Statt die Zukunft unserer Arbeitsplätze und Standorte in Europa zu sichern, bewirken das Wettbewerbsverfahren der Europäischen Kommission und ArcelorMittals Antwort das genaue Gegenteil, indem sie zu großen Unsicherheiten führen“, erklärte Luis Colunga, stellvertretender Generalsekretär von industriAll Europe. „Wir werden nicht akzeptieren, dass Entscheidungen, die aufgrund veralteter Wettbewerbsregeln getroffen werden, die Produktion und Beschäftigung bei ArcelorMittal in Europa gefährden.“

IndustriAll Europe wird in Kürze ein europäisches Gewerkschaftstreffen einberufen, um eine koordinierte Reaktion auf die Ankündigung sicherzustellen und mögliche Maßnahmen zu prüfen. Es wurde außerdem ein Treffen mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und eine Anhörung durch die Dienststellen der Europäischen Kommission im Rahmen des Fusionskontrollverfahrens angemahnt.

Für weitere Informationen kontaktiert bitte:

Aline Conchon, aline.conchon@industrial-europe.eu, +32 22 26 00 54

Elsbeth Hathaway, elsbeth.hathaway@industrial-europe.eu, +32 22 26 00 72

IndustriAll Europe repräsentiert die Stimmen von 7 Millionen europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Versorgungsketten in der Fertigung, im Bergbau und Energiesektor. Unser Ziel ist es, die Rechte dieser Beschäftigten zu schützen und zu fördern. Unsere Föderation hat 177 Mitgliedsorganisationen in 38 europäischen Ländern. Unser Ziel ist es, ein wichtiger politischer Akteur gegenüber den europäischen Unternehmen, der europäischen Industrie, den Arbeitgeberverbänden und den europäischen Institutionen zu sein.